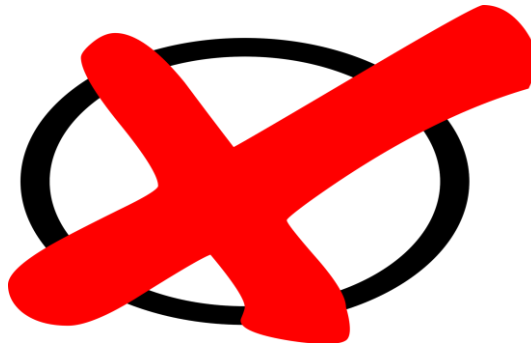


Selbst bei Impfungen herrscht Regelchaos

Bei 2G-Plus-Regeln sind Geboosterte beispielsweise in Bayern von einer Testpflicht befreit. Aber, für Menschen, die mit Johnson & Johnson geimpft wurden, gelten in Bayern andere Regeln als beispielsweise in Baden-Württemberg. Die Bundesländer sind sich uneins. Hier wird es mal wieder unübersichtlich. Dazu hat der Bund Corona-Schutzmaßnahmen und Kriterien zum Impfstatus bei Johnson & Johnson geändert. Einige Bundesländer haben ihre Verordnungen über Nacht einfach angepasst, andere sind gerade dabei. Hessen beispielsweise weist daraufhin, dass Menschen, die zuerst Johnson & Johnson gegen Corona erhalten haben, erst nach zwei weiteren Impfungen als geboostert gelten. In Baden-Württemberg gibt es bestimmte Ausnahmen, wann Menschen als geboostert gelten auch, wenn sie keine drei Impfdosen erhalten haben. Doch für Johnson & Johnson-Geimpfte gelten seit dem 18. Januar andere Regeln.

Landtagswahl NRW



In NRW wollen wir auch wieder an den Landtagswahlen 2022 teilnehmen. Hierfür benötigt unsere Partei mindestens 1000 Unterstützungsunterschriften. Wir appellieren daher an alle Mitglieder und Freunde unserer Partei: Sollten Sie in NRW wohnen, dann füllen Sie bitte das Formblatt zur Landtagswahl aus und senden es **umgehend** unterschrieben an uns zurück. Unterzeichnen darf jede Person, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, mindestens 18 Jahre alt ist und den Hauptwohnsitz in NRW hat. Natürlich unterliegen alle Angaben dem Datenschutz.

<https://www.die-republikaner.net/landesverbände/nordrhein-westfalen/>

Rücksendung an: DIE REPUBLIKANER (REP), Postfach 140407, 40074 Düsseldorf

Totimpfstoff folgt im Februar

Ab Ende Februar ist der Nuvaxovid (NVX-CoV2373) in Deutschland verfügbar. Die ersten Chargen sind zunächst vor allem für Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich reserviert. Mit Impfterminen für alle kann es noch dauern. Die Wirksamkeit dieses neuen Impfstoffs liege bei ca. 90 Prozent. Die Schutzfunktion sei ähnlich wie bei mRNA-Impfstoffen (circa 95 Prozent). Auch bei Novavax dürfte eine dritte Impfung, wie bei den mRNA-Impfstoffen nötig ist. Wie stark Novavax gegen Omikron wirkt, ist zunächst noch unklar. Wie sehr es bei dem Virus um Geld geht, zeigt die Aussage des Virologen Bollinger: „Jetzt hat die Pharmaindustrie viel Geld und Knowhow in die Entwicklung neuerer Impfstoffe reingesteckt. Die haben sich gegen die alten durchgesetzt, weil sie besser performen.“

Der Novavax-Impfstoff ist zwar brandneu, doch das Verfahren wird schon seit Jahrzehnten bei Impfstoffen gegen Grippe (Influenza), Hepatitis B und Keuchhusten eingesetzt. Ein bekanntes und bewährtes Prinzip mit angeblich weniger Nebenwirkungen.

Strom- und Gaspreise steigen ungebremst in die Höhe

Denn die Strompreise in Deutschland gehen regelrecht durch die Decke. Laut mehrere Vergleichsportale sind die Preise für Strom und Gas alleine im vergangenen Jahr um 40 Prozent angestiegen. Damit befinden sich die Strompreise auf einem Niveau, das es so in Deutschland noch nicht gegeben hat. Viele Haushalte können die steigenden Energiekosten allerdings dauerhaft nicht tragen. Hart sind auch Hartz-IV-Empfänger von den hohen Strompreisen betroffen. Denn obwohl es möglich ist, sich die Gesamtausgaben für Gas erstatten zu lassen, gilt das für Strompreise nicht, denn diese werden mit einem Pauschalbetrag im Regelsatz

beglichen. Die Folge: Steigt der Strompreis, bleiben Sozialhilfeempfänger oft auf den Mehrkosten sitzen. Vertreter der Grünen sehen die hohen Strompreise durch die begrenzte Verfügbarkeit fossiler Energieträger. Warum aber diese Preisexplosion in derart kurzer Zeit erfolgt, wenn dies die Ursache sein soll, wird natürlich nicht erklärt. Vielmehr dient der Preisanstieg als Instrument, grüne Umweltpolitik durchzusetzen.

Die EU prüft inzwischen die Einstufung von Atomkraft und Gas als „nachhaltige“ Energiequellen. Auch in Deutschland dürfte nunmehr immer deutlicher werden, dass die übereilte Abkehr vom Atomstrom und die Abschaltung von hochmodernen Kraftwerken, am Ende zu

Lasten der Verbraucher erfolgt ist. Der Ruf nach mehr erneuerbaren Energie wird in der Politik lauter. Allerdings wird auch dieser Ausbau kein preiswertes Unterfangen. Denn die Preise für Solarmodule und Windturbinen steigen ebenfalls.

So kosten Photovoltaikmodule mittlerweile mehr als doppelt so viel, bei Windturbinen sind die Preise um rund 13 Prozent gestiegen. Die grüne Energiewende wird damit für Deutschland also teurer als erwartet. Ob es jene interessiert, die uns nunmehr regieren, dürfte fraglich sein. Viel Hoffnung sollten die Wähler jedoch nicht haben.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Wenn Parteien „Linksextremismus“ nicht wahrnehmen wollen

Linksextremismus ist bundesweit ein Problem, jedoch besonders in Bremen. Brennende Streifenwagen, Hausbesetzungen und Angriffe auf Großkonzerne – die linke Gewalt in unserer Stadt nimmt massiv zu.

In der Bürgerschaft regiert der rot-rot-grünen Senat. Genau diesem scheint das Problem aber nicht bekannt zu sein oder es wird gezielt ignoriert, was bei dieser Konstellation sicherlich niemanden verwundern dürfte. Inzwischen wehren sich neben der AfD selbst Vertreter von CDU und FDP gegen die sich weiter verschärfende Lage in der Stadt. Die FDP wirft Regierungsmitgliedern sogar vor, Linksextremismus bewusst zu tolerieren und in ihrer Rolle auch zu legitimieren und spricht damit aus, was wir Republikaner seit Jahrzehnten sagen. Damit aber nicht genug, denn auch die Aufklärungsquoten sind erschreckend niedrig. Die Prozentzahl der aufgeklärten Fälle im Zusammenhang mit linker Gewalt niedrig.

Der Innensenator wehrt sich gegen die Kritik der Opposition: „Gegenüber den linksextremistischen Anschlägen habe ich 0 Toleranz. Sie richten unsere Demokratie zugrunde. Und deshalb haben wir alles in Bewegung gesetzt, zusätzliches Personal eingestellt, um diese Täter zu überführen.“ Die Vorwürfe gestern bezeichnete er als „einfachen Versuch“, Parteien oder Personen, die Schuld zuzuschieben. Dass die Aufklärung von linksextremen Straftaten nicht einfach sei, sehe man auch in anderen Bundesländern.

Bundeswehr eine Trauertruppe

Die neue Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) erbt von ihrer Vorgängerin gravierende Probleme bei der Einsatzbereitschaft der Hauptwaffensysteme der Bundeswehr. Auch im vergangenen Jahr ist es trotz neuer Anstrengungen kaum gelungen, mehr Panzer, Flugzeuge oder Kriegsschiffe einsatzklar zu bekommen. Von den Hauptwaffensystemen der Bundeswehr sind zurzeit nur 77 Prozent einsatzbereit. So steht es im neuesten Bericht des Ministeriums zur materiellen Einsatzbereitschaft.

Mit am härtesten betroffen ist die Marine. Dort wird offen infrage gestellt, ob künftig noch genügend Schiffe für alle Einsätze bereitgestellt werden können. Probleme bereitet die Instandhaltung. Bei Operationen, die besonders hohe Ansprüche an Material und Besatzungen stellten, seien weniger als 30 Prozent der Kriegsschiffe "uneingeschränkt einsatzfähig". Die Luftwaffe zieht eine gemischte Bilanz etwa beim Transportflugzeug A440M. Im Berichtszeitraum zwischen Mai und Oktober sind laut Ministerium nur bis zu zehn der etwa 30 Maschinen "einsatzbereit" gewesen. Von den Hubschraubern der Bundeswehr sind nur 40 Prozent einsatzbereit. Im Ministerium freut man sich, dass diese Quote nicht noch schlechter ausgefallen ist. Beim Kampfhubschrauber Tiger beispielsweise kommen Bundeswehr und Industrie mit den Inspektionen nicht hinterher. Beim Heer sieht man sich mit ähnlichen Problemen konfrontiert: Personaldefizite und Mangel an Sonderwerkzeugsätzen.

Überall in der Truppe dürften sich die Probleme verschärfen, wenn der Ausbildungs- und Übungsbetrieb wieder das Niveau von vor der Corona-Pandemie erreicht hat. In den vergangenen fast zwei Jahren hatte die Bundeswehr ihren Betrieb auf ein unbedingt notwendiges Maß heruntergefahren. Das hat auch das Material geschont.

! Jetzt Republikaner werden !



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität.

Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

www.rep.de

DIE REPUBLIKANER

DIE REPUBLIKANER
REP

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine kleine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist.
Weitere Informationen erhalten Sie von den Landesverbänden

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Stadtrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in .../von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrhythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung Lastschrift jährlich halbjährlich

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Bezirksverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Landesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Bundesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.